

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich sechs, 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis: Bei Abholung im Postamt 1 Mk., bei Bestimmung durch den Briefträger 1,20 Mk., bei Zustellung durch den Briefträger 1,50 Mk. (einschließlich Steuer). Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bei Abnahme von 50 Exemplaren zu jeder Zeit Nachnahme entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Wiederholung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Rücksendung eingelagerter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die Spaltenpreise laut Tabelle 20 Goldpfennig, die Tagespreise je nach dem amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig. Die Spaltenpreise im zeitlichen Teil 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Post- und Versendungsgebühren werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 berücksichtigt. Anzeigen für die Bekanntheit der Sache werden nicht angenommen. Jeder Kabinettbesuch erfolgt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 215. 83. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amesblatt“

Wilsdruff=Dresden

Volldruck: Dresden 2640

Sonnabend, 13. September 1924

Das chinesische Feuer.

Der Schwerpunkt weltpolitischen Geschehens ist schon lange vom europäischen Kontinent hinübergewandert nach dem Pazifik. Während Europa sich im Weltkrieg verstreute und nach dem Kriege mit den aus diesem entstandenen Problemen nicht fertig zu werden vermag, hat sich das Gefährtenzentrum auf die andere Seite des Erdballs hinübergezogen und sieht jetzt über dem 400-Millionen-Reich im Fernen Osten, China. Mit dem Sturz der Mandschindynastie riß das eiserne Band, das Nord- und Südchina, aber auch die Mandchurie mit den Westprovinzen umschloß; an die Stelle des einen Autokraten, der völkerverderblich war, trat eine ganze Reihe kleinerer, die tatsächlich selbständig gewordenen Provinzgouverneure, denen weder der nord- noch der südchinesische jeweilige Präsident irgend etwas zu sagen hatte. Aufstände und Selbständigkeitsserien ehrgeiziger General-Gouverneure waren an der Tagesordnung und jeder dieser kleinen Potentaten sorgte vor allem dafür, daß er ein eigenes Heer hatte; denn nur so weit reichte seine Macht, als er sie mit bewaffneter Hand schützen konnte. Jetzt raßt wieder der Bürgerkrieg und diesmal gewinnt er besondere Bedeutung, weil das größte Fremdenzentrum, Schanghai, bedroht erscheint, was den „interessierten“ fremden Mächten die erwünschte Gelegenheit gab, durch Truppenlandungen trotz Widerspruchs der eigenen in Schanghai ansehnlichen Landesteile in die Entwicklung einzugreifen.

Keiner der Landes behaupten, daß dies das beste Mittel sei, die Chinesen zu — einigen. Es ist aber das selbe, was wir im Nahen Osten früher mit der Türkei erlebt haben: der „kranke Mann am Bosphorus“ blieb am Leben, weil die Eiferlust der an der Türkei interessierten Mächte den Zerschlag durch eine Nacht verhinderte. Und wenn jetzt die Truppenlandungen aller Mächte in China erfolgt sind, so geschieht das deshalb, weil keiner den anderen traut, den Vortritt, ein Sondermandat überlassen will. Es wird das alte Spiel gespielt: interalliierte Noten an die machtlose chinesische Regierung und dann „gemeinsame Aktion“ der Mächte zum Schutz ihrer eigenen Staatsangehörigen.

In der Hauptsache sind Amerika, England und Japan „interessiert“, aber auch Frankreich will sich schnell an den Tisch setzen, falls es etwa zur Aufteilung des chinesischen Breitens kommt. Japan, das in Korea und in der Südmandchurie ja schon seit zwanzig Jahren steht, paßt natürlich am allergeringsten auf, daß in China nichts ohne seinen Willen geschieht, es nicht zu kurz kommt. Es arbeitet dabei natürlich — immer noch — mit dem Schlagwort der Rassengemeinsamkeit —, allerdings wollen die Chinesen am allerwenigsten von dieser „Brüderliebe“ wissen, die ihnen seit Jahrzehnten so teuer zu stehen gekommen ist. Amerika andererseits ist längst von der Monroe doktrin (seine Eroberungspolitik außerhalb Amerikas) abgegangen und hat namentlich im Fernen Osten eine sehr aktive Politik getrieben, für die man das Schlagwort der „offenen Tür“ erachtete. Wenn jetzt das Eingreifen des Gouverneurs der Mandchurie in die Kämpfe gemeldet wird, so ist das sicherlich nicht ohne Wissen und Billigung und — Waffenlieferung seitens der Vereinigten Staaten erfolgt. Dabei eingeschaltet werden mag, daß dieses ganze Kapitel der Waffenlieferung an die verschiedenen chinesischen Parteilager jetzt in den Tagen eifriger Debatten über Abrüstung usw. von einem besonders grotesken Humor ist. Denn die Staaten, die in Genf so wunderschön predigen konnten, haben alle sich an diesen Lieferungen beteiligt und die Kämpfe damit überhaupt erst ermöglicht. Was zweifellos in China die Zuneigung zu den Fremden bedeutend erhöht hat!

Besonders schwarzfäugig schaut natürlich England auf die Vorgänge im Fernen Osten. Man freudet es Herrn Macdonald als schweren Fehler an, daß er den Ausbau Singapores als militärischen Hauptstützpunkt im asiatischen Osten eingestuft hat. England hat ja als besonders Interessent das Pangstielangbeden, d. h. — wie nicht anders zu erwarten — das beste, fruchtbarste und an Bodenschätzen reichste Stück Chinas. Irgendwelche Rücksichten auf Japan braucht es bei seiner chinesischen Politik nicht mehr zu nehmen, seitdem dieser „Mohr“ gegen Rußland 1904 und gegen Deutschland seine Schuldigkeit getan hatte und dann gehen konnte; denn das frühere englisch-japanische Bündnis ist 1920 nicht wieder erneuert worden. Mit Frankreich, dessen chinesische Interessen wesentlich im Westen und Südwesten liegen, und mit Amerika, das seine Augen auf dem Osten geworfen hat, kann man sich also ganz gut einigen und braucht dann auf Japan keine übermäßige Rücksicht zu nehmen.

Nun ist aber ein anderer in das Konzert hineingeklopft: Rußland. Die Sowjetregierung hat sich ja im Fernen Osten bis nach Wladivostok hin siegreich gegen die zahlreichen Interventionen angeblich „weißer“, also antisowjetischer Truppen durchgesetzt und bezieht im Volksweltwismuss einen Ausführtitel, der gerade im Osten von besonderem Wert sein kann. Nicht in Japan, sondern in China. Es ist sehr bezeichnend, daß Sunjatsen, der chinesische Präsident in Peking, die oben erwähnte Note der Mächte abgelehnt und sich auf den Boden des — Volksweltwismuss gestellt hat. Zweifellos in direkter Ver-

Abjchluf eines deutsch-belgischen Handelsvertrages?

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Brüssel, 12. September. Morgen reist der Direktor der wirtschaftlichen Abteilung des Ministerium des Auswärtigen Ferdinand van Langenhove nach Berlin ab, um Verhandlungen zum Abjchluf eines Handelsvertrages einzuleiten. Er wird von drei Beamten seines Ministeriums, die für Industrie, Zoll- und Wirtschaftsfragen bestimmt sind, begleitet sein. Außerdem sind ihm vier Sachverständige beigegeben, die den Industrienausschuß des Verbandes belgischer Handelskammern und die Antwerpener Handelskammer vertreten. Der vierte Sachverständige ist ein Beauftragter des Großherzogtums Luxemburg. Wie man in unterrichteten Kreisen hört, gehen die Vollmachten der belgischen Delegation dahin, Deutschland nur für bestimmte Artikel die Behandlung der Weistbegünstigung zu gewähren, wenn Deutschland seinerseits auf die Schutzölle verzichtet, mit denen die belgischen Einfuhrprodukte vom 10. Januar des kommenden Jahres ab belegt werden sollen. Zur Sprache werden außerdem kommen die Fragen des Verkehrs deutscher Waren über den Antwerpener Hafen und die Einfuhr gewisser Produkte des Großherzogtums.

Die Aufbringung der Anleihe.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)
Washington, 12. September. Nach Ansicht maßgebender Persönlichkeiten erfordert die Unterbringung der 800-Millionen-Anleihe, wie das „Journal of Commerce“ berichtet, große Geschicklichkeit, da die eventuellen Darlehensgeber die Befürchtung hegen, daß die 800 Millionen vollständig zur Zahlung von Reparationen verwendet werden. Die maßgebenden Persönlichkeiten erklären, daß die deutsche Anleihe zu einem Emissionskurs von 95 bis 97% bei einem Zinsfuß von 8 v. H. ausgedruckt würden. Die Kupons sind nach zwanzig Jahren rückzahlbar.

Die Zollschraken an der niederländischen Grenze aufgehoben.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)
Essen, 12. September. Die belgischen Zollämter an der deutsch-niederländischen Grenze werden am 21. September aufgehoben werden. Die Zollkontrolle an der deutsch-niederländischen Grenze im besetzten Gebiet wird gleichzeitig von den deutschen Behörden übernommen.

Die ausgewiesenen Schupo-Beamten dürfen zurückkehren.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)
Essen, 12. September. Der Generalleutnant Burguet, der Kommandant der belgischen Besatzungsarmee, beschließt folgendes: Unter dem Vorbehalt, daß sie sich den für den Personenverkehr herausgegebenen Anordnungen anpassen, können nachstehend genannte Personen in die von der belgischen Ruhrabteilung besetzten Gebiete zurückkehren. Es werden mehrere Personen genannt. Desgleichen können alle Beamte, Angestellte und Arbeiter, welche der im besetzten Gebiet aufgelösten Schupo-

angehören und seit 11. Januar 1923 aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden sind, in die von der belgischen Ruhrabteilung besetzten Gebiete zurückkehren, wenn sie sich den über den Personenverkehr erlassenen Vorschriften anpassen und besonders Artikel 8 der Verordnung Nr. 122 beachten. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Neubefetzung des deutschen Votschafterpostens in Washington.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)
Berlin, 12. September. Der endgültige Rücktritt des deutschen Votschafter in Washington Dr. Wietsfeld wird nächsten Montag erfolgen. Dr. Wietsfeld beabsichtigt, seinen leichten Posten bei Krupp in Essen, der ihm während seines Votschafterpostens ausdrücklich vorbehalten wurde, baldmöglichst wieder anzutreten. Die Kandidatur Dr. Cunos, des früheren Reichszanlers, ist hinfällig geworden, da Dr. Cuno den Ruf nach Washington ausdrücklich abgelehnt hat. Es werden verschiedene Kandidaturen genannt und jetzt neuerdings auch Graf Brockdorff-Ransau, der derzeitige deutsche Votschafter in Moskau. Dr. Solf in Tokio ist kein ernstlicher Anwärter, der auf seinem Posten für kaum ersetzbar gilt.

51 Ruhrgefangene freigelassen.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)
Koblenz, 12. September. Wie das „Echo de Rhine“ aus Düsseldorf meldet, sind bis jetzt in Ausführung des Londoner Protokolls 51 Deutsche aus den Gefängnissen des Ruhrgebietes in Freiheit gesetzt worden.

Vor der Beendigung des Wiener Metallarbeiterstreiks.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)
Wien, 12. September. Heute wurden hier die Verhandlungen zur Beilegung des Metallarbeiterstreiks fortgesetzt. Man hofft, daß es gelingen wird, eine Verhandlungsbasis zu finden, welche es ermöglicht, den Streik in kurzer Zeit zu beenden.

Frankreich und die Anerkennung Sowjet-Rußlands.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)
Paris, 12. September. Von maßgebender Seite wird bekräftigt, daß die Bildung einer besonderen Kommission zur Prüfung der Voraussetzungen für die De-Jure-Anerkennung Sowjetrußlands unmittelbar bevorsteht. Die Kommission wird sich aus fünf Mitgliedern zusammensetzen. Den Vorsitz dürfte wahrscheinlich, wie schon gemeldet, der Senat Dr. Monzi erhalten. Dem werden der frühere französische Votschafter in Rußland Dr. Moulou, ein Sachverständiger am Quai d'Orsay und ein Mitglied des Abgeordnetenhauses beigegeben.

bindung mit Moskau. Ein sehr geschickter Schachzug ist das, weil die wirtschaftliche, „großkapitalistische“ Macht der Mächte eine Aufteilung Chinas in „Interessensphären“ anstreben und dadurch natürlich eine beständige Reaktion in der zum allergrößten Teil fast befristeten chinesischen Masse hervorrufen muß. Ein Volksweltwismuss aber, der noch nationalistische „Korsetzfesseln“ hat, kann eine ganz gewaltige Kraft entwickeln; das hat man im Kampfe Sowjetrußlands gegen die Entente-Truppen und die anderen Interventionen erlebt.
Es dürfte gar nicht ausgeschlossen sein, daß im Fernen Osten ein Feuer aufflammt, an dem sich allerhand Leute die habsüchtigen Finger verbrennen können.

Völkerbund und Deutschland.

Audauernde Diskussionen.
In Genf verhandelt man nach dem Abflauen der großen Tage mit den Reden Macdonalds und Herriots weiter über mancherlei Gegenstände. Aber eine Frage steht, der Lösung harrend, hinter allen Worten und Beschläffen: Wird Deutschland dem Völkerbund beitreten oder nicht? Lord Parmoor, der englische Vertreter, hatte wieder einmal über diese Frage gesprochen und ungefähr gesagt, England werde jeden Vorschlag unterstützen, der die Aufnahme Deutschlands zum Ziel hätte. Das war wieder einmal mißverstanden worden in der Weise, daß man folgerichtig, England werde beantragen, Deutschland aufzunehmen. Das berichtete Lord Parmoor, als einige Aufregung entstand. Er habe nur sagen wollen, wenn Deutschland beitreten wolle, so müsse es selber den Antrag stellen. Der fran-

zösische Delegierte Boncour stimmte übrigens Lord Parmoor insofern zu, als er ausführte, daß die Sicherheit unmöglich dauernd geschaffen werden könne, wenn nicht alle Nationen, einschließlich Deutschlands, am Tisch des Völkerbundes säßen.

Abrighens fand die aufsehenerregende Rede des ungarischen Grafen Apponyi, der gleiches Recht für alle in bezug auf die Entwaffnung gefordert, ebenfalls ziemlich Widerspruch in Genf. Der belgische Vertreter Symans lehnte jedes Eingehen auf die Wünsche Apponyis ab, und Graf Bethlen, ein anderer ungarischer Delegierter, rückte von seinem Landsmann ab, indem er ausführte, die Arbeiten des Völkerbundes hätten in Ungarn keine unangenehmen Folgen gehabt, sondern im Gegenteil die geistige Abrüstung im Lande gefördert und eine Beruhigung herbeigeführt, die in der ganzen Welt notwendig wäre, um endlich zu der militärischen Abrüstung zu gelangen.

„Kein überführtes Vorgehen“.

Die Zeit, das Berliner Blatt der Deutschen Volkspartei, das allgemein als offizielles Organ des Reichsaussenministers Dr. Stresemann betrachtet wird, beschäftigt sich in einer längeren Auslassung mit der beabsichtigten öffentlichen Aufforderung des sozialdemokratischen Abgeordneten Loebe an Stresemann, sofort die Initiative zum Eintritt Deutschlands zu ergreifen. Das Blatt kommt zur entgegengesetzten Auffassung und weist darauf hin, es gäbe sachliche Gründe, die ein überführtes Vorgehen Deutschlands und eine Erledigung dieser Frage im Eiltempo verbieten. Wäre Macdonald mit seiner Anschauung der beherrschende gute Geist des Völkerbundes, so ließe sich über Loebes Aufforderung zum raschen Handeln reden. Aber Herriot habe nach Macdonald be-